

1140/J XXIII. GP

Eingelangt am 04.07.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Einwallner, Grillitsch, Pack
Kolleginnen und Kollegen

an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur
betreffend notwendiger Begleitmaßnahmen der Wahlaltersenkung

Am 5. Juni 2007 wurde im Nationalrat das Demokratiepaket beschlossen. Neben der Einführung der Briefwahl, der Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre, Erleichterungen und Verbesserungen des Wahlvorgangs im Ausland und der Vereinheitlichung des passiven Wahlalters auf 18 Jahre, ist die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre der zentrale Punkt dieser Wahlrechtsreform. Österreich nimmt damit eine Vorreiterrolle in Europa ein. In allen anderen europäischen Staaten dürfen die Bürgerinnen und Bürger erst ab 18 Jahren ihre Stimme abgeben; auch im weltweiten Vergleich finden sich nur wenige Staaten in denen „Wählen mit 16“ möglich ist.

Mit der Wahlaltersenkung wird der österreichischen Jugend ein deutliches Signal für mehr Mitbestimmung gegeben. Die Einräumung dieses zentralen demokratischen Bürgerrechts bedeutet für die Jugendlichen aber auch die Übernahme einer wichtigen Verantwortung. Es gilt jetzt, die Jugend darauf vorzubereiten. Die meisten Jugendlichen werden in Zukunft noch während ihrer Schullaufbahn das erste Mal wählen. Für die Schule ergibt sich hier die große Chance, im Unterricht demokratische Haltungen zu vermitteln und politisch zu bilden. Die Schule könnte dadurch zum Dreh- und Angelpunkt der politischen Bildung in Österreich werden.

Aus diesem Grund richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Welche konkreten Schritte hat das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur seit dem Nationalratsbeschluss im Hinblick auf Begleitmaßnahmen für „Wählen mit 16“ bereits unternommen?
2. Welche vorgeschlagenen und gesetzten Begleitmaßnahmen befinden sich derzeit in einem Stadium, dass von einer Umsetzung bis zum Schuljahr 2008/2009 gesprochen werden kann?
3. Laut einer im Mai veröffentlichten Studie der Donauuniversität Krems sind 64 Prozent der befragten Jugendlichen der Ansicht, dass zu wenig für politische Bildung an den Schulen getan wird. Was gedenken Sie dagegen zu unternehmen?
4. Wie hoch ist das Budget, das Ihnen für Initiativen im Bereich der politischen Bildung zur Verfügung steht?
5. Bislang war die politische Bildung dem Fach „Geschichte“ zugeordnet. Soll diese Organisation beibehalten werden? Wenn ja, warum?
6. Planen Sie ein eigenes Fach „Politische Bildung“ einzuführen? Wenn ja, in welchen Schultypen und ab welcher Schulstufe? Wenn nein, warum nicht?
7. Wie stehen Sie zum Vorschlag der Jungen ÖVP Steiermark, ab der fünften Schulstufe Projekttag „Gemeindekunde“ im Ausmaß von mindestens 3 Tagen pro Schuljahr verpflichtend einzuführen?
8. Wie stehen Sie zum Vorschlag der Jungen ÖVP Steiermark ab der neunten Schulstufe ein verpflichtendes Unterrichtsfach „Politische Bildung - Staatsbürgerkunde“ einzuführen?
9. Welche Maßnahmen wollen Sie bei der Lehrerausbildung im Bereich der politischen Bildung setzen?
10. Welche Initiativen im Bereich der politischen Bildung planen Sie in der Lehrerfortbildung?
11. Wie soll politische Bildung in der Lehrlingsausbildung umgesetzt werden?
12. Entscheidend für den Erfolg der politischen Bildung in der Schule ist eine moderne, praxisbezogene Gestaltung des Lehrplans. Gibt es hierzu Pläne des Ministeriums? Wenn ja, wie sehen diese im Detail aus? Wenn nein, warum nicht?

13. Werden verpflichtende Besuche von Parlament und Landtagen eingeführt? Wenn ja, für welche Schultypen und -stufen? Wenn nein, warum nicht?

14. Wie stehen sie zum Vorschlag, die regionalen Abgeordneten in die politische Bildung der Schulen ihres Wahlkreises einzubinden?

15. Wie bereits einleitend erwähnt, werden viele Jugendliche während der Schulzeit zum ersten Mal wählen. Aus diesem Grund wäre es wünschenswert, dass es auch zu einer Verbesserung der Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler unter 16 Jahren auf schulischer Ebene kommt. Gibt es dazu Pläne seitens des Ministeriums? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?

16. Gibt es in ihrem Ministerium Überlegungen, einen verpflichtenden Unterstufensprecher und einen bundeslandweiten Schulgemeinschaftsausschuss einzuführen? Wenn ja, wie sehen diese Pläne im Detail aus? Wenn nein, warum nicht?